

Aus Anlass der grassierenden Zerstörung „öffentlicher Daseinsvorsorge“ durch das Kapital

(Die Verteilungsfrage gegen den Reformismus gewendet)

1. Je höher die Produktivkraft der Arbeit in einer menschlichen Gesellschaft, desto größer das erzeugte und verfügbare Mehrprodukt, dass über das Lebensnotwendige hinaus geht.
2. Mit der Zunahme der Arbeitsproduktivität wird der Umkreis der zum Leben notwendigen Mittel vergrößert und es entsteht jener Überschuss, der die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft erweitert und – in Gestalt des Mehrwertes - die Entwicklung selbst beschleunigt.
3. Je höher die Arbeitsproduktivität desto weniger menschliche Arbeitskraft wird für die unmittelbare Erzeugung des materiellen Reichtums benötigt. Die Zahl derjenigen, die nicht mit der Erzeugung dieses Reichtums beschäftigt sind, nimmt zu.
4. Die Erzeugung eines großen Mehrprodukts erlaubt es, dass Kinder in den Genuss einer langen Ausbildung kommen, dass Kranke versorgt werden, dass Menschen im Alter versorgt bleiben, etc..
5. Die Erzeugung eines großen Mehrprodukts ermöglicht gesellschaftliche „Daseinsvorsorge“, die weit über das Lebensnotwendige hinausgeht, bzw. selbst zu einer solchen Lebensnotwendigkeit wird.
6. Weil im Kapitalismus das Mehrprodukt die Form des Mehrwertes annimmt, ist eine gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt grundsätzlich ausgeschlossen. Der Mehrwert unterstellt kapitalistische Privatproduktion und seine progressive Produktion ist Selbstzweck. Geld muss angelegt werden, um mehr Geld abzuwerfen. Privateigentum muss erhalten und vergrößert werden.
7. Aus diesem ökonomischen Sachzwang entspringt die Tendenz, einen immer größeren Teil des Mehrprodukts für die Akkumulation zu nutzen und die Konsumtion (der Masse der Menschen) relativ zu begrenzen, mag sie sich auch absolut in Zeiten des Wachstums ausdehnen.
8. Die Beschränkung der Konsumtion macht sich heute in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern besonders gravierend bemerkbar auf dem Gebiet der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“. Die Tendenz des Kapitals geht dahin, jeden Zugriff auf das gesellschaftliche Mehrprodukt (in seiner kapitalistischen Form des Mehrwertes) zum Zweck gesellschaftlicher „Daseinsvorsorge“ zu verhindern. Im Interesse der Akkumulation verlangen die Sachwalter des Kapitals uneingeschränkten privaten Zugriff auf das gesellschaftliche Mehrprodukt.
9. Dabei werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Lohnabhängigen sollen die Aufwendungen für Ausbildung der Kinder, Behandlung und Pflege von Kranken und materielle Versorgung bei Arbeitslosigkeit und im Alter, usw. aus ihrem Lohn bezahlen, d.h. durch Verzicht während ihrer Zeit lohnabhängiger Arbeit. Das Kapital soll befreit werden von jedem Zuschuss zu gesellschaftlichen Einrichtungen der „Daseinsvorsorge“, aller Mehrwert reserviert sein für den Konsum der Kapitalisten und vor allem für die Akkumulation. Indem die gesellschaftlichen Einrichtungen zur „Daseinsvorsorge“ zerstört werden, eröffnen sich zugleich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten für neues Dienstleistungskapital etwa in Gestalt aller möglichen privaten Versicherungen, die es auf den Lohn der Lohnabhängigen abgesehen haben. (Überakkumuliertes Geldkapital findet neue Anlagemöglichkeiten.)
10. Die Argumente der Sachwalter des Kapitals, von Arbeitgeberverbänden bis hin zum DGB, sind nichts weiter als ideologische Reflexe des akzeptierten und hartnäckig verteidigten ökonomischen Sachzwangs der Verwertung. Alle Forderungen nach Begrenzung der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“, nach ihrer Privatisierung und Auslieferung an die kapitalistische Konkurrenz, werden begründet mit den notwendigen Bedingungen ökonomischen Wachstums, die es zu erhalten bzw. zu schaffen gelte. Die entscheidende Bedingung dieses Wachstums ist der privatkapitalistische Profit, der jeweils groß genug sein muss, um erneut ökonomisches Wachstum anzustoßen. Sinkt die Profitrate des Kapitals, dann verschärft sich der Druck zu einer nur noch vom Luxus der Reichen begrenzten Verwendung

der Profitmasse für die Akkumulation. Die soziale Polarisierung zwischen arm und reich nimmt immer weiter zu.

11. Aus dieser irrwitzigen Spirale zunehmender sozialer Polarisierung unter den Bedingungen enorm hoher Arbeitsproduktivität und eines riesigen Mehrprodukts führt kein Weg der Reformen heraus. Die Gesetze der Verwertung von Wert drücken die Lohnabhängigen immer weiter mit dem Rücken zur Wand. Einen dauerhaften Ausweg mit Bestand bietet nur eine Vergesellschaftungsperspektive, also eine Überwindung des Kapitalverhältnisses im Interesse einer uneingeschränkten gesellschaftlichen Verfügung über das Mehrprodukt.
12. Der Kampf um diese Perspektive kann sich heute aber nur entwickeln im konkreten Widerstand gegen die Privatisierungswut des Kapitals. Nur in diesen Auseinandersetzungen kann das Ziel einer uneingeschränkten gesellschaftlichen Verfügung über das Mehrprodukt im Interesse einer umfassenden gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ konkret herausgearbeitet werden. Nur in diesen Auseinandersetzungen kann klar werden, was erforderlich ist, um die gesellschaftliche Kontrolle über die Verwendung des Mehrprodukts zu erlangen.
13. Mehrprodukt darf nicht mehr in der Form des Mehrwertes produziert werden, also muss das Privateigentum an Produktionsmitteln fallen. Der Anspruch auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann sich nur in dem Maße entfalten, wie der Anspruch auf die gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt bereits entwickelt ist. Das allgemein zu proklamierende Ziel der Aneignung der gegenständlichen Bedingungen zur Reproduktion durch die Masse der Lohnabhängigen (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) kann nur dann Wirkung entfalten, wenn es sich in den konkreten Auseinandersetzung vermitteln läßt, nicht im Sinne einer bloß theoretischen, sondern auch im Sinne einer praktischen Perspektive. Das bedeutet konkret, dass in allen Auseinandersetzungen um die Privatisierung und ihre Folgen, in schroffem Gegensatz zur den Predigern des „mehr Wettbewerb“, die Abschaffung von Markt und Konkurrenz zunächst in allen Bereichen der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ (Erziehung, Ausbildung, Gesundheit, Versorgung im Alter, Verkehr, Wasserversorgung, Energieversorgung) verlangt wird. (Vergleiche die reformistische Kampagne von Attac.) Das kann hier bedeuten die Verteidigung etwa der Wasserversorgung in kommunaler Hand, die Verhinderung von Privatschulen etc., das kann dort heißen, die Abschaffung von privaten Versicherungen, etwa der privaten Krankenversicherung, oder die Rückführung der Energieversorgung in staatliches Eigentum. Der Anspruch auf gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt zum Zweck des Ausbaus der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ kann sich in diesen konkreten Auseinandersetzungen nur Geltung verschaffen durch die Forderung einer starken Besteuerung des Profits. Alle konkreten Forderungen sind abzuleiten und zu begründen aus einer grundsätzlichen Kapitalkritik. Sie dürfen nicht begründet werden mit „ökonomischer Vernunft“, dem Anspruch auf eine bessere (krisenfrei) politische Steuerung des Kapitalismus und sie dürfen nicht im Widerspruch stehen zur Perspektive einer kommunistischen Gesellschaft, sondern müssen dieser grundsätzlichen Richtung konkreten (notwendiger Weise begrenzten) Ausdruck verleihen. Die begrenzten Forderungen sind also vorbehaltlos zu formulieren, ohne Rücksicht auf die „Erfordernisse ökonomischen Wachstums“. Diese „Erfordernisse des ökonomischen Wachstums“ sind der ideologische Bezugspunkt alle Varianten bürgerlichen Denkens zur Gestaltung des Kapitalismus. Mit ihnen lassen sich sowohl wohlmeinende sozial-reformistische Reparaturversuche wie auch die reaktionärsten asozialen Auswüchse bürgerlicher Gesellschaftsgestaltung rechtfertigen. Ohne erfolgreiche Kritik des ökonomischen Wachstumsbegriffs, der die Hirne klassenübergreifend vernebelt, kann sich keine kommunistische Bewegung erfolgreich entwickeln. In der Anbetung des „ökonomischen Wachstums“ findet die Ware, Geld und Kapital anhaftende Mystifikation ihren mächtigsten, allumfassenden Ausdruck!
14. Dieser Staat, diese Kommunen etc. sind weit entfernt davon, Einrichtungen wirklicher gesellschaftlicher Kontrolle zu sein oder in der bestehenden Form auch nur werden zu können. Aber innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in der konkreten Auseinandersetzung mit der Privatisierung, sprich der Totalisierung von Privateigentum und Markt und damit des Wertes lässt sich eine konkrete Kampfperspektive zur Überwindung des Kapitals nur entwickeln, wenn an bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen angeknüpft wird. Gesellschaftliches

Eigentum muss vorstellbar und praktikabel sein und ist es heute nur in den Formen bestehender gesellschaftlicher Einrichtungen! Es muss sich in seiner Versorgungsleistung ferner als effektiver und besser erweisen, was es schon getan hat (Beispiel Wasserversorgung, öffentlicher Nahverkehr)

Damit die Perspektive der sozialen Emanzipation in den Kämpfen nicht (erneut) verloren geht, muss der Kampf gegen die Privatisierung verbunden werden mit einem „revolutionären Demokratismus“, sprich konkreten Formen der Selbstverwaltung, für die es Forderungen zu entwickeln gilt. Nur in praktischen Auseinandersetzungen darum kann sich zeigen, was an bestehenden „öffentlichen Einrichtungen“ umgewandelt werden kann und was durch neue ersetzt werden muss.

15. Außerhalb der von mir skizzierten, durch das Kapital selbst provozierten Auseinandersetzungen wird jede kommunistische Perspektive eine esoterische Spielerei von Sektierern bleiben. Wird kein konkretes Programm entwickelt, in dem die weitreichende Perspektive der Vergesellschaftung sich mit konkretem Widerstand gegen die Tendenzen des Kapitals vermitteln lässt, in dem also Forderungen erhoben werden, in denen sich diese weitreichenden Ziele ausdrücken und die zugleich Tagesforderung werden können, unter denen sich ein stets wachsender Teil der Lohnabhängigen sammeln kann, dann gibt es keine Hoffnung auf soziale Emanzipation.
16. Und wohl gemerkt: Es geht bei all dem nicht um „eine gerechte Verteilung des Mehrwerts“, sondern um den Prozess der gesellschaftlichen Aneignung des Mehrprodukts. Solange das aber noch in der ökonomischen Hülle des Mehrwerts steckt, kann der Kampf um diese Aneignung des Mehrprodukts nicht anders begonnen werden, als durch Streit um die Nutzung des Mehrwertes. Nur wer den Kampf um die Aneignung des Mehrprodukts als irreführendes Beiwerk aus seiner Agenda sozialer Befreiung gestrichen hat, kann jeden Kampf um die Nutzung des Mehrwertes als bloß reformistisches Projekt denunzieren. Gesellschaftliche Aneignung des Mehrprodukts aber ist zentrale Voraussetzung sozialer Befreiung. Ohne gesellschaftliche Verfügung darüber bleibt soziale Befreiung eine leere Phrase, ohne konkrete Vorstellung davon, was es für die Menschheit heißt, aus dem Reich bloßer Naturnotwendigkeit herauszutreten zu können.
17. Die außerordentliche hohe Arbeitsproduktivität und das daraus resultierende riesige Mehrprodukt sind Schlüsselbegriffe für die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft. Wer sie nicht benutzen will, kann die Möglichkeit des Kommunismus nicht theoretisch begründen. Wer sie nicht ins Zentrum kommunistischer Praxis stellt, wird nichts bewegen können. Diese Praxis kann nur darauf ausgerichtet sein, die Arbeitsproduktivität in effektiv weniger notwendige Arbeit umzusetzen und das Mehrprodukt in den Dienst umfassender gesellschaftlicher Daseinsvorsorge zu stellen, den Akkumulationszwang aus der Welt zu schaffen. Das sind die Eckpfeiler sozialer Befreiung, aus denen sich fast alles andere als Möglichkeit ergibt (traditionelle Arbeitsteilungen überwinden, etc.). Um mit diesen Schlüsselbegriffen argumentieren zu können, reicht es nicht, die abstrakte Logik zu bemühen. Das konkrete empirische Material liegt vor und wartet darauf, verarbeitet zu werden, damit deutlich wird, dass die wahrhaftigen „Ideologiefinde“ selber die größten Ideologen sind.

Juli 2006

Robert Schlosser